

---

FDP Maintal

## **SCHULSOZIALARBEIT IM KREIS REFORMIEREN**

01.07.2015

---

### **FDP-MAINTAL FÜR AUSWEITUNGSMÖGLICHKEITEN DES ANGEBOTES**

„Die Schulsozialarbeit ist im Main-Kinzig-Kreis ein wichtiger Baustein, der nicht mehr wegzudenken ist. Das Projekt gehört gefestigt und ausgebaut.“ hebt der Maintaler FDP-Fraktionsvorsitzende Thomas Schäfer die Bedeutung dieses Angebotes vom Main-Kinzig-Kreis hervor. Dennoch sieht er einen Reformbedarf bei der Gestaltung und Finanzierung des Projektes. Deshalb haben die Maintaler Freidemokraten einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, der darauf abzielt, dass der Magistrat der Stadt in Verhandlungen mit den Kreis tritt und notfalls fristgerecht die bestehende Vereinbarung kündigt.

„Die Schulsozialarbeit ist eine ausschließliche Aufgabe des Kinder- und Jugendhilfeträgers, also des Main-Kinzig-Kreises.“ erläutert Thomas Schäfer die eindeutige Rechtslage und fordert daher, dass der Kreis die Schulsozialarbeit vollständig finanziert. Es könne nicht sein, dass der gleiche Kreis, der die Kommunen zum Verzicht auf freiwillige Leistungen drängt, die Kommunen auf der anderen Seite dazu drängt, seine eigenen Leistungen über freiwillige Co-Finanzierungen zu tragen. Die gegenwärtige Vereinbarung zur Co-Finanzierung der Schulsozialarbeit durch die Städte und Gemeinden im Main-Kinzig-Kreis läuft am 31.07.2016 aus und muss daher bis Ende Juli gekündigt werden. „Zu dieser Co-Finanzierung wurden die Städte und Gemeinden des Kreises von Landrat Pipa genötigt.“ erinnert der Freidemokrat an die seinerzeitige Verhandlungslage und fügt an: „Dem muss jetzt ein Ende gesetzt werden.“

„Etwas so Wichtiges wie die Schulsozialarbeit braucht Planungssicherheit und vor allem ein transparentes und qualitativ hochwertiges Angebot!“ führt der FDP-Fraktionsvorsitzende aus Maintal aus. Daher müsse neben der klaren Finanzierung durch

den Kreis auch sichergestellt werden, dass die Sozialarbeit flexibel auf weitere Schulen, besonders auf Gymnasien ausgedehnt werden könne. Dies soll der Magistrat in den Verhandlungen erreichen. Nur so könne gesichert werden, dass alle Maintaler weiterführenden Schulen in das Projekt aufgenommen werden können.